

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 16. September 2010

Mühsamer Aufbau

Die schlechte Sicherheitslage, organisatorische Schwierigkeiten und Geldmangel haben im Mai dazu geführt, dass die Parlamentswahlen in Afghanistan auf den 18. September verschoben wurden. Geldmangel? Täglich fließen 7 Millionen Dollar Hilfsmittel in das Land am Hindukusch. Seit 2002 hat die Welt mehr als 35 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe für Afghanistan bereitgestellt: um den Aufbau der Polizei zu finanzieren, um neue Straßen und Brücken zu bauen, um Schulen und Kliniken zu errichten, um die Energie- und Trinkwasserversorgung zu verbessern und

um die Bevölkerung mit Nahrung und Medikamenten zu versorgen. Darüber hinaus sollen Hunderte Millionen von Dollar in Taliban-Aussteigerprogramme fließen. Dennoch kommt der Wiederaufbau nur schleppend voran. Korruption ist in Afghanistan weit verbreitet; nach Angaben der UN summierten sich die Schmiergelder allein im vergangenen Jahr auf 2,5 Milliarden Dollar. Das andere große Problem ist die allgegenwärtige Gewalt – so manche neugebaute Stromleitung ist schon wieder zerstört, so manche Schule wegen der Sicherheitslage wieder geschlossen.

In dieser Woche

Behinderte Jugendliche: Berufsbildungswerke bilden junge Menschen mit Behinderung in anerkannten Ausbildungsberufen aus. Anschließend können die Jugendlichen eine qualifizierte Tätigkeit ausüben und verdienen deutlich mehr als ohne Lehre. Entsprechend sind die für die Förderung ausgegebenen Mittel der Bundesagentur für Arbeit gut angelegt. Seite 2

Bildung & Ausbildung: In der Schule sind Mädchen meist erfolgreicher als Jungen. Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben Sie deshalb mehr Möglichkeiten. Im Studium liegen sie mit Männern mittlerweile gleichauf, bei Professuren sind sie aber noch immer deutlich in der Minderheit. Seite 3

Energieversorgung: Das neue Energiekonzept der Bundesregierung ist ein wichtiger Fahrplan. Schließlich ist die Energieversorgung eines Industrielands von großer Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Doch die Regierungspläne haben auch einige Schwächen. Seite 4-5

Osteuropa: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die EU-Länder in Osteuropa unterschiedlich hart getroffen. Die einen müssen vor allem die Verschuldung abbauen, die schon zuvor ausgefuhrt war. Die anderen müssen Wege finden, den zuletzt stark geschrumpften Export wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Seite 6-7

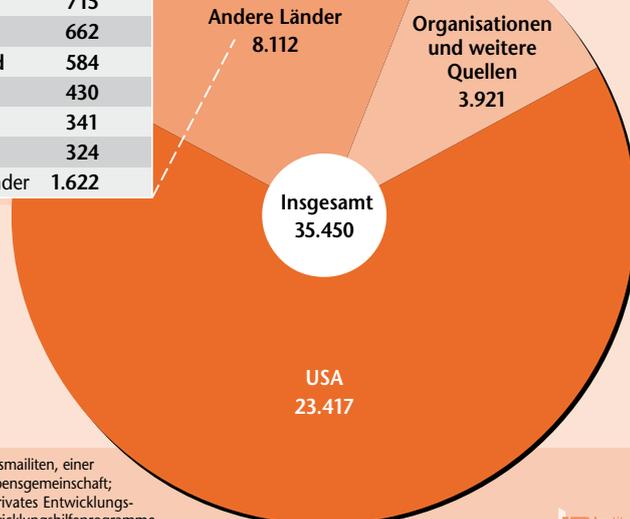
Volksfeste: Die Münchner Wiesn als größtes deutsches Volksfest feiert in diesem Jahr ihr 200. Jubiläum. Doch auch viele andere Veranstaltungen dieser Art sind Besuchermagnete – rund 178 Millionen Menschen verlustierten sich im vergangenen Jahr auf mehr als 12.000 Jahrmärkten und Kirmesveranstaltungen. Seite 8

Afghanistan: USA geben am meisten

So viele Millionen Dollar Entwicklungshilfe spendeten diese Länder und Organisationen zwischen 2002 und 2009 für den Wiederaufbau in Afghanistan

Vereinigtes Königreich	1.546
Japan	990
Kanada	898
Niederlande	715
Indien	662
Deutschland	584
Schweden	430
Iran	341
Norwegen	324
Restliche Länder	1.622

Europäische Union	1.576
Weltbank	1.364
Asian Development Bank	618
Vereinte Nationen	182
Aga Khan	73
Islamic Development Bank	5
Weitere Quellen	103



Aga Khan: Oberhaupt der Ismailiten, einer islamisch-schiitischen Glaubensgemeinschaft; er unterstützt durch ein privates Entwicklungshilfenetzwerk mehrere Entwicklungshilfeprogramme
 Quelle: Ministry of Finance, Afghanistan

Behinderte Jugendliche

Lernen für ein selbstbestimmtes Leben

Die Berufsbildungswerke bilden junge Menschen mit Behinderung in anerkannten Ausbildungsberufen aus, sodass sie anschließend eine qualifizierte Tätigkeit ausüben können. Die für die Förderung ausgegebenen Mittel der Bundesagentur für Arbeit sind deshalb gut angelegt.*)

Nach wie vor haben es viele Jugendliche schwer, einen geeigneten betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden – obwohl es in der Summe inzwischen mehr Angebote als Bewerber gibt. Denn die Anforderungen an Auszubildende und Beschäftigte sind in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen.

Seit langem ist deshalb die mangelnde Ausbildungsreife von Schulabgängern ein heißes Thema. Jedes Jahr benötigt gut jeder Dritte staatliche Förderung beim Übergang von der Schule in die Ausbildung.

Ungleich schwieriger ist es aber noch für junge Menschen mit einer Behinderung oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung, eine betriebliche Lehrstelle zu ergattern. Denn während ihrer Ausbildung müssen sie oft intensiv unterstützt werden – sie sind zumeist auf medizinische, psychologische, pädagogische und soziale Hilfen angewiesen. Oft ist auch betreutes Wohnen unverzichtbar. Betriebe können dies alleine nicht leisten.

Als Alternative bietet sich die berufliche Rehabilitation in Berufsbildungswerken an (Kasten). Dort werden die Jugendlichen einerseits ganzheitlich betreut und andererseits in einem anerkannten Beruf ausgebildet.

Jedes Jahr beginnen etwa 5.000 Jugendliche eine Ausbildung in einem Berufsbildungswerk.

Diese Azubis sind körperlich oder geistig beeinträchtigt. Sie verfügen meist auch über eine vergleichsweise schwache schulische Vorbildung. Etwa 40 Prozent bringen keinen Hauptschulabschluss mit.

Die Erstausbildung eines jungen Menschen im Berufsbildungswerk kostet die Gesellschaft viel Geld: Durchschnittlich sind 120.000 Euro nötig, um einen behinderten Jugendlichen erfolgreich beruflich zu qualifizieren. Diese finanziellen Mittel sind jedoch gut angelegt, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt (Grafik):

Jedem dritten Absolventen gelingt der Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unmittelbar im Anschluss an die Ausbildung.

Doch auch jene Abgänger, die ihre erste Stelle im neu erlernten Beruf länger suchen müssen, werden in der Regel fündig: So haben inzwischen 70 Prozent derjenigen, die das Berufsbildungswerk vor 10 bis 15 Jahren

verlassen haben, einen festen Job. Menschen mit ähnlichen Benachteiligungen, aber ohne eine abgeschlossene Ausbildung arbeiten deutlich seltener: Hier ist im Durchschnitt nur jeder Zweite erwerbstätig.

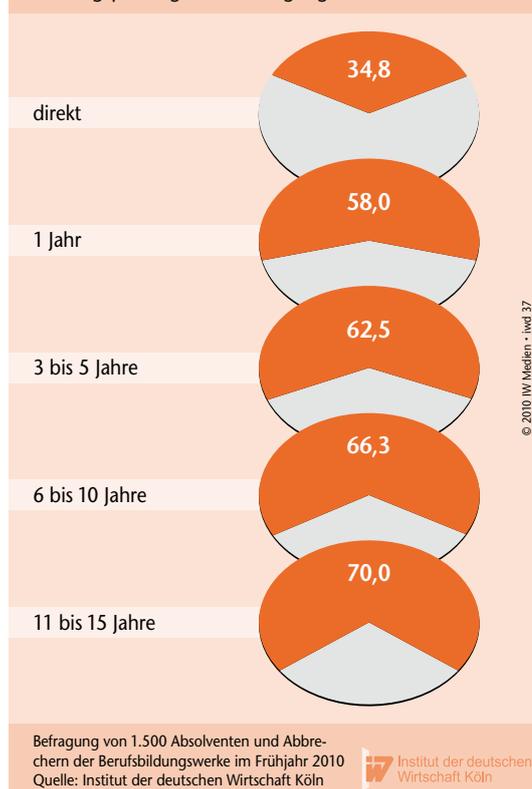
Hinzu kommt, dass die Ausbildung im Berufsbildungswerk den jungen Menschen mit Behinderungen hilft, ihr Leben selbstständig zu gestalten. Sie lernen, sich im Alltag zurecht zu finden. Außerdem sind die meisten von ihnen nicht mehr auf staatliche Förderung angewiesen:

Die Absolventen verdienen später immerhin durchschnittlich mehr als 1.600 Euro brutto im Monat. Wer dagegen keine Ausbildung hat, muss sich oft mit einem Job bescheiden, der weniger als 1.300 Euro einbringt.

Die Investition in die jungen Leute lohnt sich auch für die Gesellschaft. Jene mit Ausbildung leisten mehr als behinderte Jugendliche ohne. Wenn der Betreffende bis zum Alter von 60 Jahren berufstätig bleibt, erwirtschaftet er in seinem Arbeitsleben – bezogen auf die Höhe der dafür erforderlichen Fördermittel – eine Rendite von knapp 12 Prozent.

Berufsbildungswerke: Chance für junge Behinderte

So viel Prozent der Absolventen eines Berufsbildungswerks gehen ... nach dem Abschluss einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach



Berufsbildungswerke

Die 52 privatwirtschaftlich geführten und in erster Linie von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Berufsbildungswerke setzen sich für die berufliche Integration junger Menschen mit Behinderung ein. Diese Aufgabe wurde im Neunten Sozialgesetzbuch erstmals 2001 ausdrücklich verankert. Die Bildungseinrichtungen verfolgen ein ganzheitliches Ausbildungskonzept, das junge Menschen nicht nur befähigt, einen Beruf auszuüben, sondern sie vielmehr auch auf ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben vorbereitet.

*) Vgl. Michael Neumann, Werner Lenke, Dirk Werner, Björn Hekman: Kosten und Nutzen der beruflichen Rehabilitation junger Menschen mit Behinderungen oder funktionalen Beeinträchtigungen – eine gesamtwirtschaftliche Analyse, Download unter: www.iwkoeln.de/studien

Bildungssystem: Strebsame Frauen

Mädchen sind in der Schule meist erfolgreicher als Jungen. Dadurch haben sie bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz mehr Möglichkeiten. Denn häufig interessieren sie sich für Dienstleistungsberufe, für die meist die mittlere Reife nötig ist. Im Studium liegen Frauen mit Männern hingegen gleichauf. Professuren sind allerdings zu höchstens einem Viertel mit Frauen besetzt.

Schule. An den weiterführenden Schulen erzielen die Mädchen in allen Bundesländern meist bessere Ergebnisse als die Jungen und besuchen daher häufiger das Gymnasium. Dementsprechend sind Mädchen an Hauptschulen in der Unterzahl; und nur gut ein Drittel der Schüler an Förderschulen ist weiblich.

Berufsausbildung. Mit ihren höheren Schulabschlüssen stehen Frauen mehr Ausbildungsgänge an einer beruflichen Vollzeitschule offen – beispielsweise eine Qualifikation für einen Beruf im Gesundheitswesen. In den beruflichen Vollzeitschulen sind denn auch knapp sechs von zehn Schülern weiblich. Allerdings erlernen junge Frauen ihren Beruf ebenfalls überwiegend in einem Ausbildungsbetrieb und in einer Teilzeitberufsschule. In den Stadtstaaten ist der Anteil der Mädchen an den Auszubildenden im dualen System am höchsten, in Ostdeutschland am niedrigsten.

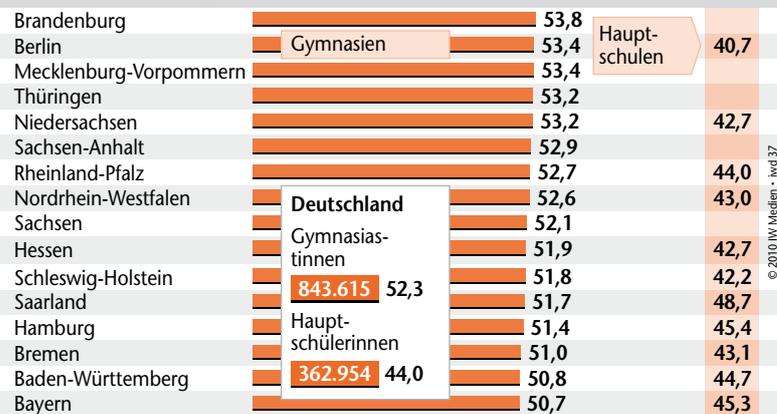
Hochschule. Bis an die Spitze der akademischen Laufbahn sind Frauen noch nicht so häufig vorgedrungen wie Männer. Fast jeder zweite Studienanfänger ist inzwischen zwar weiblich – aber nur jeder sechste Professor ist eine Frau. Eine Vorreiterrolle nimmt Berlin ein, wo bereits jede vierte Professorenstelle mit einer Dame besetzt ist. Schlusslicht bei den Professorinnenkarrieren ist Schleswig-Holstein. Beim weiblichen Akademiker-Nachwuchs liegen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und das Saarland vorn: In diesen Ländern sind mehr als die Hälfte der Studienanfänger Frauen.



Bildung & Ausbildung

Schule: Mehr Mädchen an Gymnasien

Frauenanteile im Schuljahr 2008/09 in Prozent

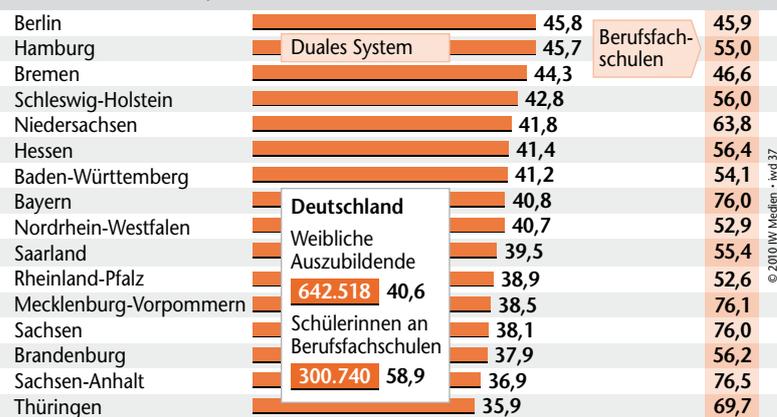


Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen: Schularten mit mehreren Bildungsgängen statt Hauptschulen; Gymnasium: Sekundarstufe I
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ausbildung: Viele Azubinen in Stadtstaaten

Frauenanteile im Schuljahr 2008/09 in Prozent

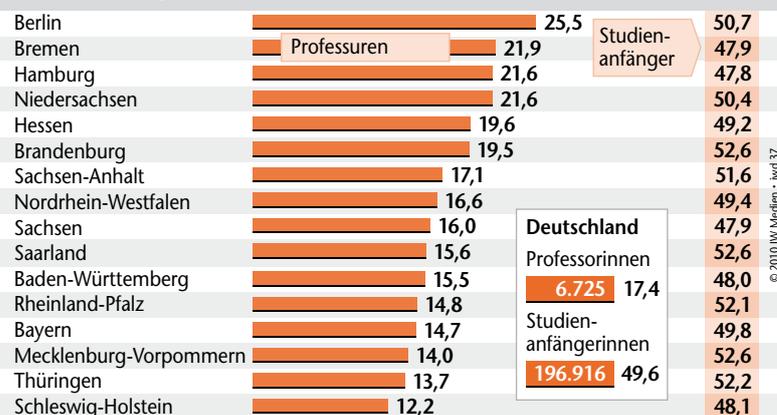


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Unis: Berlin ist Professorinnen-Hauptstadt

Frauenanteile im Jahr 2008 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Energieversorgung

Ein Konzept für die Zukunft

Die Energieversorgung eines Industrielandes ist von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen und ganzen Branchen. Letztlich bildet sie eine Basis für den Wohlstand der Gesellschaft. Das neue Energiekonzept der Bundesregierung ist somit ein wichtiger Fahrplan – wenn auch mit manchen Schwächen.*)

Eine zukunftsorientierte Energiepolitik muss die Versorgung mit der notwendigen Energie sicherstellen, dabei den Klimaschutz im Auge behalten und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung verbessern, sodass effiziente energieintensive Unternehmen in Deutschland wettbewerbsfähig bleiben. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat die Anforderungen, die eine solche Politik zu erfüllen hat, in zehn Eckpunkten zusammengefasst (Kasten).

Auch die Bundesregierung sieht auf diesem Gebiet Handlungsbedarf und hat vor kurzem den Entwurf für ein neues Energiekonzept vorgelegt. Darin geht es vor allem um die folgenden Themen:

1. Verbrauch und Effizienz

Zunehmender wirtschaftlicher Wohlstand ist nicht mehr zwangsläufig mit einem zunehmenden Energieverbrauch verbunden – deutsche Unternehmen gehen seit Jahren immer effizienter mit Strom, Gas und Erdöl um. Das große Erwachen kam bereits durch die Ölkrisen in den 1970er Jahren, als die Energie-

preise steil nach oben kletterten. So schneidet die deutsche Industrie im internationalen Effizienzvergleich inzwischen gut ab:

Um einen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt im Wert von 1.000 Euro zu erwirtschaften, wird hierzulande der Energiegehalt von rund 110 Kilogramm Öl benötigt. Damit hat Deutschland die fünfthöchste Energieeffizienz unter den 29 wichtigsten Industrieländern.

Diese starke Position der Bundesrepublik ist nicht selbstverständlich, denn in Deutschland sind zahlreiche Industrieunternehmen zuhause, die viel Energie verbrauchen. In vielen anderen Ländern gibt es derartige Betriebe kaum noch – dennoch sind diese Staaten im Ranking weit hinter Deutschland platziert. Japan etwa verbraucht gut 20 Prozent mehr Energie, um in der Industrie 1.000 Euro Wertschöpfung zu erzielen.

Insgesamt ist der Energieverbrauch in Deutschland von 1991 bis 2009 um fast 9 Prozent zurückgegangen, während das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeit-

raum real um fast 23 Prozent gestiegen ist. Das bedeutet, dass die gesamtwirtschaftliche Energieintensität in Deutschland in fast zwei Jahrzehnten um gut ein Viertel reduziert wurde.

In ihrem Energiekonzept hat sich die Regierung nun ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt: Der Energieverbrauch soll in den nächsten zehn Jahren deutlich schneller sinken als in den vergangenen 20 Jahren. Dieser Schuss kann jedoch nach hinten losgehen, sowohl in wirtschaftlicher als auch in ökologischer Hinsicht: Denn energieintensive Branchen könnten abwandern, was zwar den hiesigen Energieverbrauch senkt, gleichzeitig aber auch der Wirtschaft schadet. Zudem dürften sich diese Betriebe in anderen Ländern mit viel schlechteren Umweltstandards ansiedeln – was dem Klima noch mehr schadet.

Energiesparen wird ohnehin ein großes Thema bleiben – auch ohne zusätzliche Vorgaben oder bürokratische Regelungen von Seiten der Regierung. Eine Befragung von 115 Umweltexperten aus Unternehmen durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln zeigt, dass fast 89 Prozent der Betriebe im vergangenen Jahr Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen haben.

2. Zukunftsperspektiven

Ob Kernenergie, Wind, Wasser oder Biomasse – die einzelnen Energieträger haben sehr individuelle Vor- und Nachteile hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Auch ihre Zukunftsperspektiven sind unterschiedlich:

- Mineralöl wird in den kommenden Jahren weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten – besonders im Verkehrsbereich. Benzin- und Dieselmotoren haben im Vergleich zu ihren elektrisch betriebenen Konkurrenten noch lange die Nase vorn.

Erneuerbare Energien: Zuschüsse für grünen Strom

Anbieter von erneuerbaren Energien erhalten von Netzbetreibern eine Einspeisevergütung. Diese wird jedoch auf den Strompreis und damit die Stromverbraucher umgelegt.

Kumulierte Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien in Milliarden Euro



ab 2010: Prognose
 Ursprungsdaten: Netzbetreiber

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

*) Vgl. Hubertus Bardt: Energieversorgung in Deutschland – Wirtschaftlich, sicher und umweltverträglich, IW-Positionen Nr. 45, Köln 2010, 58 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

- Der Anteil von kohlendioxidärmerem Erdgas an der Stromerzeugung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen.
- Ohne die Modernisierung von Kohlekraftwerken können die angestrebten Umweltziele nicht erreicht werden – beispielsweise die bis zum Jahr 2020 zu bewältigende Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber 1990.
- Die von der Regierung anvisierte Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken um durchschnittlich zwölf Jahre sichert einen niedrigen Strompreis bei gleichzeitiger kohlendioxidarmer Energieversorgung.
- Erneuerbare Energien sind die Energiequelle der Zukunft – wenn ihre Erzeugungskosten deutlich sinken.

Die Energiepolitik darf sich also auf keinen bestimmten Energiemix festlegen. Die staatliche Aufgabe besteht eher in der Setzung eines fairen Rahmens als im Vorschreiben konkreter Technologien.

3. Kostenbelastung

Ökosteuer, Einspeisevergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien etc. – für die energieintensiven Unternehmen in Deutschland sind Belastungen, die mit dem Energieverbrauch einhergehen, ein Wettbewerbshindernis. Denn Betriebe in anderen Staaten haben nicht mit derartigen Aufschlägen zu kämpfen.

Unter Kostengesichtspunkten relevant ist auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). So müssen Netzbetreiber Anbietern von Strom aus Sonnenenergie, Windkraft und Biomasse eine Einspeisevergütung bezahlen – zwischen 2000 und 2010 kam dadurch eine Summe von knapp 61 Milliarden Euro zusammen; bis 2015 werden Aufwendungen von 153 Milliarden Euro erwartet (Grafik Seite 4). Durch das EEG sind zudem über Jahre hinweg Subventionszahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe an die Betreiber von Wind- und Solaranlagen festgeschrieben.

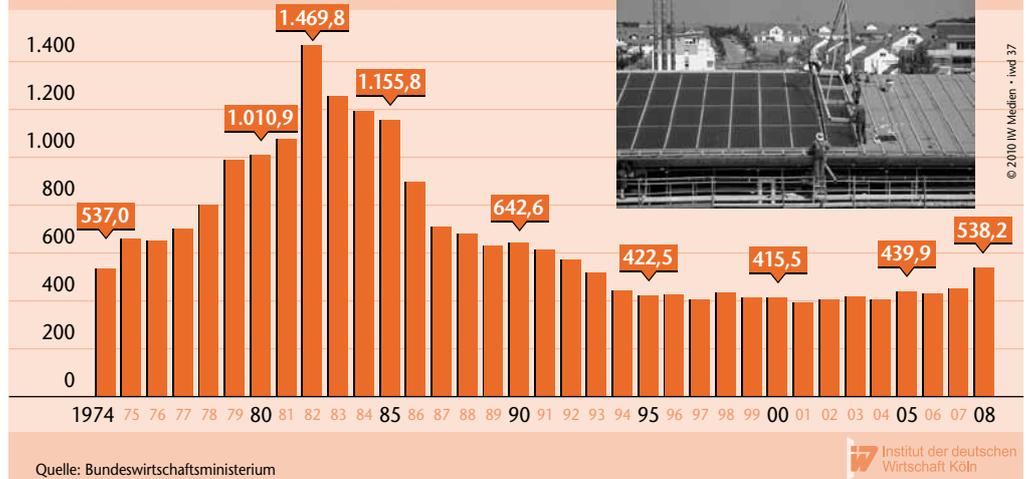
4. Forschung

Ein Stiefkind der Energiepolitik ist die Energieforschung – obwohl Innovationen

Energieforschung: Der Staat spart schon lange

Zur Energieforschung gehören unter anderem die Forschung an erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und Kraftwerkstechniken für konventionelle Kraftwerke.

Ausgaben des Bundes für Energieforschung in Millionen Euro



rund um effizientere Kraftwerke und die zuverlässige Nutzung erneuerbarer Energien dringend nötig sind. Doch der Bund hat seine Ausgaben für die Energieforschung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgefahren (Grafik). Waren

die für diesen Zweck bereitgestellten Mittel als Reaktion auf die beiden Ölkrisen der siebziger Jahre bis 1982 auf fast 1,5 Milliarden Euro gestiegen, bewegen sie sich aktuell auf einem Niveau von rund 500 Millionen Euro.

Zehn Empfehlungen für die Energiepolitik

- 1 Energiebedarf decken**
Die Versorgung mit Energie ist das oberste Ziel der Energiepolitik. Dies soll wirtschaftlich, umweltverträglich und sicher geschehen.
- 2 Energieeffizienz fördern**
Eine kontinuierliche Verbesserung der Energieeffizienz ist notwendig: Wirtschaftswachstum muss nicht zwangsläufig mit steigendem Energieverbrauch einhergehen.
- 3 Kraftwerke erneuern**
Ein modernisierter Kraftwerkspark mit hocheffizienten Anlagen für unterschiedliche Energieträger leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.
- 4 Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid vorantreiben**
Bei der Stromgewinnung aus Kohle wird viel Kohlendioxid frei. Dieses Treibhausgas kann jedoch mittels spezieller Anlagen in den Kraftwerken abgefangen und in tiefen unterirdischen Gesteinsschichten auf unbegrenzte Zeit eingelagert werden.
- 5 Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken verlängern**
Eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, wie sie die Bundesregierung bereits anvisiert, kann die Produktion zusätzlicher Treibhausgase vermeiden. Gleichzeitig wird auf besonders preiswerte Weise Strom erzeugt.
- 6 Effizienz der erneuerbaren Energien steigern**
Erneuerbare Energien sind zwar der Schlüssel zu einer langfristigen Energieversorgung. Allerdings muss Strom aus Wind und Sonne günstiger werden. Neben dem technischen Fortschritt kann hierzu auch die Wahl geeigneter Standorte beitragen.
- 7 Leitungsinfrastruktur verbessern**
Moderne, leistungsfähige Leitungen sind notwendig, um dauerhaft die Versorgungssicherheit mit Strom sicherzustellen.
- 8 Wettbewerb auf den Energiemärkten sichern**
Funktionierender Wettbewerb ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Anbieter eine adäquate Leistung erbringen und Verbraucher niedrige Preise zahlen.
- 9 Wirtschaft entlasten**
Für den industriellen Stromverbrauch sowie für Industrieanlagen, die dem Emissionshandel unterliegen, sollte die Ökosteuer abgeschafft werden.
- 10 Energieforschung ausbauen**
Die Ausgaben des Bundes für die Energieforschung sollten zumindest das Niveau der 1980er Jahre wieder erreichen.

Wertvolles Wachstum



Die deutsche Wirtschaft wächst nach der Krise stärker als erwartet. Diejenigen, die auf das freie Spiel der Marktkräfte ohne staatliche Eingriffe setzen, sind von steigenden Gewinnen und mehr Produktion begeistert. Doch Kritiker – häufig aus dem linken Lager – betrachten die Entwicklung skeptisch. Sie befürchten, dass Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit im Aufschwung auf der Strecke bleiben.

Es scheint fast so, als hätten beide Gruppen keine Lehren aus der Krise gezogen: Bei den einen ist die kurzfristige Gewinnmaximierung und das schnelle Geld wieder gefragt. Die anderen verteuern die Marktwirtschaft weiterhin pauschal, statt differenziert auch die Fehlsteuerungen und fehlenden oder falschen Anreize zu sehen, für die die politischen Institutionen verantwortlich sind.

Beim 13. Wirtschaftsethischen Forum in Berlin soll es am 4. Oktober deshalb darum gehen, wie nachhaltiges Wachstum zwischen diesen beiden Extrempositionen gelingen kann. Denn spätestens die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, dass „Wachstum um jeden Preis“ nicht zum Ziel führt.

Vielmehr muss unternehmerisches Handeln immer auf einem Wertefundament fußen und eine langfristige Strategie verfolgen. Doch müssen der Marktwirtschaft Fesseln angelegt werden, um das zu erreichen? Welche Verantwortung für nachhaltiges Wachstum haben die Unternehmen, was kann die Politik und was kann jeder einzelne Bürger tun, um es zu unterstützen? All diese Fragen sollen auf dem Forum diskutiert werden, das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Katholischen Akademie in Berlin organisiert wird und am Sitz der Bayer Schering Pharma AG stattfindet.

Unter anderem werden der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe, und Dr. Richard Pott, Vorstandsmitglied der Bayer AG, referieren und im Anschluss für Podiums- und Plenumsdiskussionen zur Verfügung stehen.

Anmeldeschluss ist der 24. September 2010. Weitere Informationen zum wirtschaftsethischen Forum:

Prof. Dr. Dominik H. Enste,
Telefon: 0221 4981-730,
www.iwkoeln.de/presse

Osteuropa

Wackliger Aufschwung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat die neuen EU-Länder in Osteuropa unterschiedlich hart getroffen. Die einen müssen nun dringend ihre schon zuvor ausgeuferte Verschuldung abbauen, während die anderen vor allem mit den Folgen des eingebrochenen Exports zu kämpfen haben. Für manche Länder geht es aber bereits wieder aufwärts.

Die baltischen Staaten hat es während der vergangenen Krise von allen Ost-EU-Staaten am schlimmsten erwischt – nach zuvor sehr hohen Wachstumsraten ist ihre Wirtschaft stark geschrumpft (Grafik Seite 7):

Im Vergleich zum Vorjahr brach die reale Wirtschaftsleistung 2009 in Estland um mehr als 14 Prozent, in Litauen um rund 15 Prozent und in Lettland sogar um 18 Prozent ein.

Auch in den übrigen osteuropäischen EU-Ländern hat die Krise Spuren hinterlassen. Denn die Staaten haben vor der Rezession in unterschiedlichem Ausmaß auf Pump gelebt und sich damit die Krise ins Haus geholt. Vor allem die baltischen Staaten, aber auch Rumänien und Bulgarien haben bei niedrigen Zinsen – also billigen Krediten – die heimische Nachfrage viel stärker als das Angebot wachsen lassen. Die Folgen waren eine sehr hohe und weiter steigende private Verschuldung sowie hohe Fehlbeträge im Außenhandel (Tabelle).

In Lettland und Bulgarien erreichte das Defizit in der Leistungsbilanz, die den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr erfasst, im Jahr 2007 mehr als ein Fünftel der Wirtschaftsleistung.

Das konnte jedoch nur so lange gut gehen, wie ausreichend ausländisches Kapital verfügbar war, um den Konsumhunger zu stillen. Und in der Tat floss vor der Krise sehr viel Geld in die neuen EU-Länder. Nicht zuletzt westeuropäische Banken sahen in Osteuropa vielversprechende Zukunftsmärkte, bauten ihre Position aus – und hatten genügend Kunden, die aufgrund niedriger Zinsen und ihres Nachholbedürfnisses gegenüber dem Westen hohe Kredite aufnahmen. Da durch den wirtschaftlichen Boom auch die Einkommen stark anstiegen, sah es eine Zeit lang so aus, als ob die meisten Haushalte und Unternehmen ihre Schulden problemlos zurückzahlen könnten.

Die Situation änderte sich mit der globalen Finanzkrise jedoch drastisch:

Osteuropäische EU-Staaten: Die Spuren der Krise

	Arbeitslosenquote in Prozent		Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP		Öffentlicher Haushaltssaldo in Prozent des BIP		Öffentlicher Schuldenstand in Prozent des BIP	
	2007	2010	2007	2010	2007	2010	2007	2010
Bulgarien	6,9	7,9	-22,5	-6,0	0,1	-2,8	18,2	17,4
Tschechien	5,3	8,3	-2,6	-0,3	-0,7	-5,7	29,0	39,8
Estland	4,7	15,8	-17,9	4,9	2,6	-2,4	3,8	9,6
Lettland	6,0	20,6	-22,5	8,3	-0,3	-8,6	9,0	48,5
Litauen	4,3	16,7	-15,1	2,8	-1,0	-8,4	16,9	38,6
Ungarn	7,4	10,8	-6,5	-0,2	-5,0	-4,1	65,9	78,9
Polen	9,6	9,2	-5,2	-2,8	-1,9	-7,3	45,0	53,9
Rumänien	6,4	8,5	-13,6	-4,4	-2,5	-8,0	12,6	30,5
Slowenien	4,9	7,0	-4,5	-1,4	0,0	-6,1	23,4	41,6
Slowakei	11,1	14,1	-5,1	-4,5	-1,9	-6,0	29,3	40,8

Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP: In der Leistungsbilanz werden grenzüberschreitende Transaktionen in Form von Güterströmen (Exporte und Importe) sowie Einkommensflüsse erfasst, etwa Gewinnzuflüsse von deutschen Tochterunternehmen im Ausland oder Transfers von hier arbeitenden Migranten in ihr Heimatland. Ein negativer Leistungsbilanzsaldo geht in der Regel mit einem Importüberschuss (Handelsbilanzdefizit) einher.
Quelle: Europäische Kommission

Kapital floss plötzlich aus den neuen EU-Ländern ab, die Zinsen kletterten und das Wirtschaftswachstum sowie die Einkommen brachen ein. Die Folgen sind nicht nur in Osteuropa bekannt: Kredite konnten nicht mehr bedient werden, die Banken kamen unter Druck.

Lettland sowie Rumänien und Ungarn erhielten in der Hochphase der Krise zeitweise sogar fast gar keine Mittel mehr auf den internationalen Kapitalmärkten, weil die ausländischen Investoren sich sorgten, dass sie ihr Geld möglicherweise nicht vollständig zurückbekommen würden.

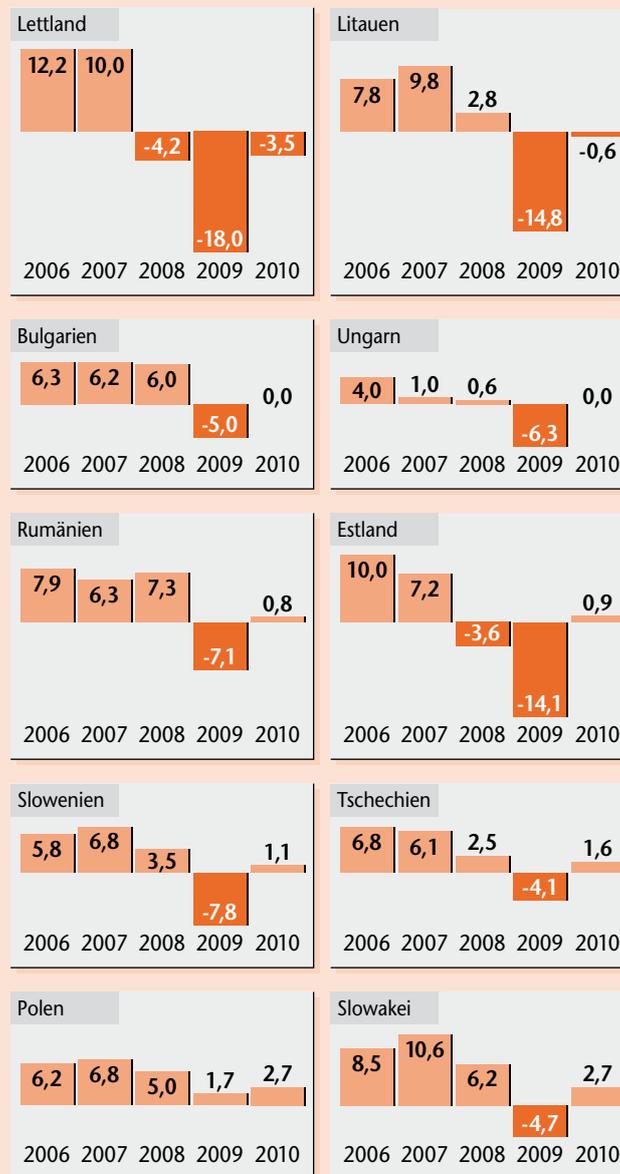
Polen hingegen kam relativ unbeschadet durch die turbulente Zeit. Zwar gingen im vergangenen Jahr die Lieferungen an das Ausland um nominal rund 17 Prozent zurück. Doch Polens Binnenmarkt ist groß und funktionierte auch in der Krise gut. Zudem ist die Exportquote des Landes mit rund 30 Prozent nur etwa halb so hoch wie die tschechische, slowakische, ungarische und slowenische. Außerdem hatte sich Polen vor der Krise nicht übermäßig verschuldet und ist bei der Kapitalflucht der Investoren aus Osteuropa glimpflicher davongekommen. Demzufolge hat das Land auch kaum mit steigenden Arbeitslosenzahlen zu kämpfen – die Quote bleibt EU-Prognosen zufolge in diesem Jahr konstant bei rund 9 Prozent.

Die Arbeitslosenquoten der baltischen Länder dürften sich im Jahr 2010 hingegen auf 16 bis gut 20 Prozent erhöhen.

Aber auch der Slowakei prognostiziert die EU-Kommission mit einer Quote von rund 14 Prozent viele Arbeitslose. Dies hängt unmittelbar mit der Euro-Mitgliedschaft des Landes zusammen: Die Slowakei kann seit 2009 ihre Währung nicht mehr abwerten, was die Exporte billiger machen würde – und das Land wettbewerbsfähiger. Vielmehr mussten die slo-

Neue EU-Länder: Tiefe Einbrüche

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



2010: Prognose
Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

wakischen Unternehmen, als die Nachfrage zurückging, die Löhne senken und zumindest vorübergehend ihre Belegschaften reduzieren.

Immerhin zeigen sich in einigen Ländern bereits leichte Erholungstendenzen. Der Aufschwung steht allerdings auf etwas wackligen Beinen, da noch gegensätzliche Kräfte wirken:

Steigende Exporte. Der Welthandel ist wieder in Gang gekommen – und mit ihm legen auch die Ausfuhren der Osteuropäer erneut zu. Spiegelbildlich zur Krisenphase profitieren davon die stark

export- und industrieorientierten Länder in besonderem Maße, zumal wenn ihre Währung infolge der Krise abgewertet wurde. Dies gilt etwa für Tschechien, Ungarn und Polen.

Schwache private Binnen-nachfrage. Die privaten Konsumausgaben und Investitionen dürften in den meisten osteuropäischen EU-Staaten nur recht schwach wachsen und teilweise sogar noch weiter zurückgehen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: die weiterhin eher knappen Finanzen, hohe Zinsen, der teils sehr beträchtliche Entschuldungsbedarf und die nur langsam weichende Verunsicherung bei Verbrauchern und Unternehmern. Zudem lässt die hohe Arbeitslosigkeit vielen Konsumenten kaum finanziellen Spielraum. Und die Firmen werden erst dann wieder kräftig investieren, wenn ihre Kapazitäten besser ausgelastet sind.

Geringe Staatsnachfrage. Bis auf Ungarn hatten im Jahr 2007 alle EU-Osteuropäer die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts noch erfüllt. Ihr Staatsdefizit betrug vor der Krise also maximal 3 Prozent der Wirtschaftsleistung, und der öffentliche Schuldenstand belief sich zumeist auf sehr viel weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Diese guten Zahlen konnten die Regierungen in der Krise nicht halten: Sie hatten höhere Arbeitslosengeld-Ausgaben und niedrigere Steuereinnahmen. Mit Konjunkturpaketen versuchten sie, die Wachstumseinbrüche abzufedern. Der Preis dafür: höhere Ausgaben, also auch steigende öffentliche Defizite und Schuldenstände. Daher müssen die meisten Regierungen der neuen EU-Länder künftig kräftig sparen. Langfristig kommt das der Konjunktur meist zugute, auf kurze Sicht gehen der Wirtschaft jedoch Impulse durch staatliche Ausgaben verloren.

Volksfeste

200 Jahre Wiesn-Wahnsinn

Volksfeste sind Besuchermagnete: Jahr für Jahr pilgern zwischen Hamburg, Düsseldorf und München Millionen von Menschen auf Jahrmärkte, Schützenfeste und Kirchweihen. Das bekannteste und größte Volksfest, das Münchner Oktoberfest, feiert in diesem Jahr sein 200. Jubiläum und wird zwischen dem 18. September und dem 4. Oktober wohl so viele Gäste anlocken wie noch nie zuvor.

Erst die Bratwürste und eine Tüte gebrannte Mandeln, dann ab auf die Achterbahn: Rund 178 Millionen Besucher verlustierten sich im vergangenen Jahr auf heimischen Volksfesten. Der Deutsche Schaustellerverband verzeichnete für 2009 rund 12.250 Feste, Jahrmärkte und Kirmesveranstaltungen. Dabei waren die 1.750 Weihnachtsmärkte, die in der Adventszeit weitere 50 Millionen Besucher zum Schlendern und Schlemmen anlockten, noch nicht mitgezählt.

Ihre Lust am Feiern haben sich die Deutschen auch von der Wirtschaftskrise nicht vermiesen lassen. So blieben die von den Schaustellern befürchteten Umsatzseinbrüche aus. Auch für die laufende Saison rechnet die Branche mit stabilen Umsätzen. Wo das meiste Geld für Bier und Backfisch, Krimskrams und Karussellfahrten ausgegeben wird, zeigt ein Blick auf die Top Ten der Attraktionen (Grafik):

Volksfeste: Gaudi für Millionen

Besucher der zehn größten deutschen Volksfeste 2009 in Millionen



Quellen: Deutscher Schaustellerverband, Veranstalter

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 37

Das mit Abstand größte Volksfest ist die Münchner Wiesn, die alljährlich etwa sechs Millionen Besucher in die bayerische Hauptstadt lockt. Diese besucher der Stadt durch Übernachtungen, Restaurantbesuche, Einkäufe sowie die Ausgaben auf dem Oktoberfest selbst einen Umsatz von rund 830 Millionen Euro.

Für diesen Herbst rechnet das Münchner Tourismusamt sogar noch mit ein paar Hunderttausend Gästen mehr, denn das Oktoberfest feiert sein 200-jähriges Bestehen. Dafür hat die Stadt München für die Zeit vom 18. September bis zum 4. Oktober mit 35 Hektar eine besonders große Fläche auf der Theresienwiese bereitgestellt. Zudem kündigen noch einige andere Begleiterscheinungen das Jubiläumsspektakel an: Das Angebot reicht von einer Sonderbriefmarke über eine Oktoberfest-Edition des Spiele-Klassikers Monopoly bis hin zu Ausstellungen („Das Oktoberfest 1810–2010“) und Büchern („Wiesn-Wahnsinn“).

Der Begriff Wiesn-Wahnsinn ist gar nicht so abwegig, wenn man sich ein paar Fakten des Münchner Volksfests vor Augen hält: So tranken die 5,7 Millionen Besucher im vergangenen Jahr 6,6 Millionen Maß Bier, sie verzehrten knapp

490.000 Brathendl und mehr als 50.000 Schweinshaxen. Zurück blieb ein gigantischer Müllberg – nämlich 720 Tonnen Restmüll, 341 Tonnen Speisereste und Knochen sowie 51 Tonnen Altpapier. Hinzu kamen 4.300 Fundsachen wie Kleidungsstücke (1.300), Ausweise (790) sowie Kreditkarten und Geldbeutel (440). Auch manch Kurioses landete im Wiesn-Fundbüro: ein Zwergpinscher, ein Budelschiff, ein Toaster sowie eine Angel.

In den meisten Fällen müssen die Besitzer nur eine relativ kurze Wegstrecke zurücklegen, um ihr Eigentum wieder in Empfang zu nehmen. Denn das Münchner Oktoberfest, das auf ein Pferderennen vor den Stadtmauern Münchens anlässlich der Hochzeit von Kronprinz Ludwig und Prinzessin Therese im Jahr 1810 zurückgeht, zieht nach wie vor hauptsächlich bayerische Gäste an: Mehr als zwei Drittel der Wiesn-Besucher sind im Freistaat beheimatet; nur 9 Prozent reisen aus den übrigen deutschen Bundesländern zum Feiern in die bayerische Landeshauptstadt. Knapp jeder fünfte Gast kommt dagegen aus dem Ausland. Besonders beliebt ist das Oktoberfest bei den Italienern, den Amerikanern und den Engländern, die zusammen fast die Hälfte des internationalen Publikums stellen.

Für Adressaufkleber